

Konversion der Rüstungsindustrie – keine Aufgabe für die Bundesregierung? Von Kathrin Vogler*

Vorabzug aus: *express*, Nr. 8-9/2018

Während Rüstungsproduktion und Rüstungsexportwirtschaft in Deutschland boomen, spielt das Thema Rüstungskonversion, die Umstellung der Produktion von militärischen auf zivile Güter, weder für Firmen noch für die Bundesregierung eine Rolle. Ein einziges Konversionsprogramm hatte die große Koalition in den letzten Jahren aufgelegt, und das wird Anfang nächsten Jahres eingestellt. Das ergab eine aktuelle Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag (s. Drucksache 19/3476, 19.07.2018).

Laut dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung¹ wurden im Jahr 2017 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von rund 6,24 Mrd. Euro erteilt. Auch wenn das minimal weniger Rüstungsexporte als 2016 waren, ist es trotzdem die bisher drittgrößte Gesamtmenge an genehmigten Rüstungslieferungen in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt. Die Details zeigen deutlich, dass die Genehmigungspolitik der Bundesregierung zunehmend Länder mit Waffen und Militärgerät ausstattet, die sich als Nicht-EU- und Nicht-NATO-Staaten einer politischen Kontrolle weitgehend entziehen und/oder sich aufgrund ökonomischer, ökologischer, sozialer, geostrategischer oder ethnischer Problemlagen am Rande von – oder schon mitten in – gewaltvollen Konflikten bewegen: Im Jahr 2017 bildeten die Rüstungsexporte an Drittstaaten außerhalb von NATO und EU den größten Anteil. Hier gab es eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 53 auf 61 Prozent, sie umfassten insgesamt 3,795 Mrd. Euro. Das Ausfuhrvolumen von Rüstungsgütern an Entwicklungsländer hat sich von 2016 auf 2017 fast verdoppelt von 581,1 Mio. Euro im Jahr 2016 auf 1,048 Mrd. Euro im letzten Jahr. Die Genehmigungswerte für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer beliefen sich 2017 auf 39,1 Mio. Euro (2016 7,2 Mio. Euro) und stiegen damit innerhalb nur eines Jahres auf mehr als das Fünffache.

Neben außenpolitischen Argumenten wird diese Politik insbesondere mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen gerechtfertigt. Dass eine friedlichere Welt nicht durch den Export von immer mehr Waffen erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Die Konversion der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik ist daher aus friedenspolitischer Perspektive von herausragender Bedeutung.

Die Bundesregierung hat jedoch an ernsthaften Konversionsstrategien keinerlei Interesse. Sie setzt stattdessen auf eine „Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“. So lautet auch der Titel eines entsprechenden Strategiepapiers,² in dem es u.a. heißt, es gelte, „die erforderlichen militärischen Fähigkeiten und die Versorgungssicherheit der Bundeswehr sowie die Rolle Deutschlands als zuverlässigem Kooperations- und Bündnispartner technologisch und wirtschaftlich sicherzustellen“. Das Papier wurde 2015 vor dem Hintergrund der Diskussion um sinkende Militärhaushalte beschlossen, als befürchtet wurde, dass das deutsche Know-how im Bereich Rüstungstechnologie und -produktion bei schrumpfender Auftragslage seine Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. „Die Bundesregierung bekennt sich im Rahmen der wachsenden Europäisierung der Verteidigungsindustrie zum Erhalt nationaler verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien“, heißt es in dem Papier weiter.

Nur einer der zehn Punkte des Strategiepapiers beschäftigt sich überhaupt im weitesten Sinne mit Konversion: Dort wird empfohlen, die sich nach Auffassung der Bundesregierung den Unternehmen der Verteidigungsindustrie bietenden Chancen auf den weltweit stark wachsenden Märkten für Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen durch Diversifizierung zu nutzen. Die Verknüpfung

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/029/1902900.pdf>

² <http://gleft.de/2kG>

dieser Bereiche wird schon im Namen des Lobbyverbands BDSV deutlich: Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. Viele der großen Hersteller von Waffensystemen haben ihr Geschäftsfeld in diese Richtung erweitert: So sind etwa Airbus und Rheinmetall im Geschäft mit den hochtechnisierten Grenzsicherungsanlagen zur Migrationsabwehr in Afrika engagiert.³

Ziel dieser von der Bundesregierung unterstützten Diversifikation ist aber eben nicht die Einstellung von Rüstungsproduktion, sondern der Erhalt von Kompetenzen im Bereich der Rüstungsproduktion in Deutschland. So muss man auch das 2016 von der Bundesregierung aufgelegte „Innovationsprogramm zur Unterstützung von Diversifizierungsstrategien von Unternehmen der Verteidigungsindustrie in zivile Sicherheitstechnologien (DIVERS)“⁴ verstehen. Auf Nachfrage erklärt die Bundesregierung nämlich ganz deutlich: „Eine ausschließlich zivile Nutzbarkeit ist kein Kriterium für die Vergabe einer Projektförderung im Förderprogramm ‚DIVERS‘.“⁵ Weder müssen die neu entwickelten Produkte ausschließlich zivil verwendbar sein, noch wird eine Aufgabe der bisherigen Kriegswaffenproduktion der Unternehmen verlangt.⁶

Trotz der eigentlich recht niedrigen Anforderungen wurde aus diesem Programm seit seinem Bestehen im Jahr 2015 gerade einmal ein Projekt im Umfang von 410.000 Euro gefördert, in diesem Jahr gibt es nach Angaben der Bundesregierung noch weitere Anträge. In dem Programm standen jährlich einstellige Millionenbeträge zur Verfügung (2015: 5 Mio., 2016: 9,1 Mio., 2017: 7,5 Mio., 2018 und 2019: 3,8 Mio.), die aber nicht abgerufen wurden. Das einzige bisher geförderte Projekt befasst sich nach Angaben der Bundesregierung mit der „Adaption einer militärischen Trainingsplattform zum Umgang mit psychischen Belastungen im Einsatz in den zivilen Markt (Feuerwehr, Polizei, sonstige Einsatzkräfte)“. Der Misserfolg des Programms „DIVERS“ führt jetzt zur Einstellung der Förderung im nächsten Jahr. Ein Ausstieg aus der Rüstungsproduktion kommt so jedenfalls nicht zustande. Selbst die ursprünglich bereitgestellten Mittel nehmen sich im Vergleich kärglich aus: Allein für Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen gibt das Verteidigungsministerium in diesem Jahr 47 Millionen Euro aus.⁷

Die Bundesregierung hat offenkundig keinerlei Interesse an der Umwandlung von Rüstungsbetrieben in Betriebe, die gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen. „Über vollständige industrielle Konversionsprojekte hat die Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse“, heißt es dann auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Und die Bundesregierung will daran auch gar nichts ändern. Es gebe „derzeit keine über das Programm ‚DIVERS‘ hinausgehenden Überlegungen, Planungspapiere oder Mittelrückstellungen hinsichtlich einer Konversion der Rüstungsindustrie“. Das ist natürlich auch ein klares Signal an die Rüstungsunternehmen: Eine Rüstungsexportpolitik, die ihre Profite mit Mordwerkzeugen gefährden könnte, müssen sie von dieser Bundesregierung nicht befürchten.

Aus friedenspolitischer Sicht sind die gefährdeten Profite der Rüstungsunternehmen von untergeordneter Bedeutung, die Zukunft der Beschäftigten der Branche ist allerdings eine der zentralen Fragestellungen, wenn über Konversion nachgedacht wird. Dabei ist jedoch die Zahlengrundlage nicht ganz klar. Laut BDSV gibt es je nach Definition zwischen 17.260 und 320.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie,⁸ die Bundesregierung geht in der Beantwortung unserer

³ <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5363960>

⁴ <http://gleft.de/2kH>

⁵ <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/038/1903859.pdf>

⁶ Das Programm „DIVERS“ ist eines der Ergebnisse von drei Branchendialogen, die das Wirtschaftsministerium 2014 und 2015 mit Unternehmen der Rüstungsindustrie, Betriebsräten und IG Metall durchgeführt hat. In Kürze ist eine Neuauflage dieses Meinungsaustauschs geplant.

⁷ <https://www.tagesschau.de/inland/forschung-103.html>

⁸ <http://gleft.de/2kE>

Kleinen Anfrage von 65.000 direkt (und 45.000 indirekt) in der Rüstungsindustrie Beschäftigten aus.⁹ In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz von Rüstungsgütern fließen Jahr für Jahr Milliarden an Steuermitteln. Diese Arbeitsplätze hängen also ohnehin in beträchtlichem Maß von Ausgaben des Bundes ab. Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind überwiegend hochqualifizierte Fachkräfte, die auch in der zivilen Industrie Arbeit finden könnten. Zudem sind viele Rüstungsbetriebe Mischkonzerne, die ihren Beschäftigten alternative Arbeitsplätze in zivilen Produktionsbereichen anbieten könnten.

Damit soll nicht heruntergespielt werden, dass die Konversion der Rüstungsindustrie eine schwierige Aufgabe ist. Es ist durchaus von Bedeutung, ob es sich um 17.260 Beschäftigte im „Kernbereich“ der Rüstungsindustrie handelt oder ob es um 320.000 Beschäftigte geht, was dann allerdings auch diejenigen miteinrechnet, die in Zulieferbetrieben arbeiten, die etwa Feuerlöcher oder Rettungshubschrauber herstellen – in diesem Fall wäre eine Konversion ja gar nicht nötig. Auch regional stellt sich die Aufgabe sehr unterschiedlich: Die Beschäftigungschancen bei der Konversion eines mittelständischen Rüstungsbetriebs inmitten einer dynamischen Industrieregion mit vielen anderen Unternehmen aus der Metallbranche sind sicherlich günstiger als bei einer Werft, die auch Marineschiffe baut und der einzige industrielle Arbeitgeber in der Region ist.

Konversion ist möglich – Lucas Aerospace und Arbeitskreise Alternative Produktion

Die Konversion der Rüstungsindustrie ist aus ethischer Perspektive alternativlos. Wir können nicht damit einverstanden sein, dass die Debatte um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie in Deutschland ausblendet, dass diese Arbeitsplätze davon abhängen, ob in anderen Ländern mit den hergestellten Produkten Menschen vom Leben zum Tod gebracht werden sollen. Aber auf der praktischen Ebene stellt sich die Frage natürlich differenzierter. Unverzichtbar ist es, die bisherigen Erfahrungen einzubeziehen. Wir werden uns wieder genauer anschauen müssen, wie die Konversionsüberlegungen bei dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern Lucas Aerospace in Großbritannien in den 70er Jahren aussahen. Dass es der Belegschaft dort innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, über 150 Produkte zu entwickeln, die das Unternehmen statt Waffen herstellen könnte, ist auch heute noch ein ermutigendes Zeichen, auch wenn die Unternehmensführung die an der Basis entwickelten Konversionsüberlegungen rüde zurückwies.

Wenn eine Konversion der Rüstungsindustrie in Angriff genommen werden soll, kann auf die Einbeziehung der betroffenen Belegschaften nicht verzichtet werden. Aber auch die mit der Entspannungspolitik und der aufkommenden Friedensbewegung verknüpften Konversionsüberlegungen in der Werften- und Metallindustrie im Westdeutschland der frühen 1980er Jahre geben wichtige Hinweise: Eine erfolgreiche Konversion wird es nicht geben, wenn nicht die Belegschaften eine bedeutende Rolle dabei spielen. Die betrieblichen Arbeitskreise zur Frage alternativer Produktion, die damals aktiv waren, können ein Vorbild sein. Hier zeigt sich auch, wie wichtig betriebliche Demokratie und Mitbestimmung in diesem Zusammenhang sind. Anfang der 1990er Jahre gab es im Bundesland Bremen umfangreiche Konversionsüberlegungen. Noch 1989 galten 16 Prozent der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe als rüstungsabhängig. Unter breiter Beteiligung von Belegschaften, Politik (es gab sogar einen Landesbeauftragten für Konversion) und der Zivilgesellschaft gelang es, betriebliche Arbeitszusammenhänge und Produktionsstandorte zu erhalten, gegen die kurzfristigen Unternehmensinteressen. Bei der Auswertung der historischen Erfahrungen sollten wir immer auch die Frage im Hinterkopf haben, ob Konversion im Wesentlichen als korporatistisches Projekt gedacht werden muss oder wie wir die Dimension einer Demokratisierung der Wirtschaft zumindest mitdenken können.

Die Ausgangsbedingungen, vor denen wir aktuell stehen, sind andere als bei den Konversionsdebatten der Vergangenheit. Es macht einen Unterschied, ob es um eine Industrie geht,

⁹ Die Bundesregierung bezieht sich hier auf eine Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) von 2015: <http://gleft.de/2kS>

die wegen sinkender Rüstungsausgaben ohnehin in der Krise steckt, oder ob es wie heute darum geht, einer zynischerweise boomenden Branche Alternativen abzurufen. Deshalb werden größere Konversionsprozesse künftig nur erfolgreich sein, wenn das schlechte Image, das Rüstungsproduktion zurecht hat, sich auch in einer gesellschaftlichen Bewegung niederschlägt. Rüstungsexporte machen nur 0,3 Prozent des bundesdeutschen Exportvolumens aus – eigentlich ist Konversion also eine leistbare Aufgabe, wenn es den politischen Willen dazu gäbe. Wir brauchen daher eine Bewegung, die in der Lage ist, eine Verschärfung der Rüstungsexportregeln durchzusetzen. Die Bundesregierung behauptet zwar, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik verfolge. Bisher allerdings scheinen die Unternehmenseigner diese Bekenntnisse nicht als so bedrohlich wahrzunehmen, dass sie über einen Ausstieg aus dem Rüstungsexportgeschäft auch nur nachdenken.

** Kathrin Vogler ist friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied der GEW.*

Erscheint in: express, Nr. 8-9/2018; express im Netz: <http://express-afp.info/>